

Stellungnahme

zum Entwurf der

Landesnachhaltigkeitsstrategie für das Land Brandenburg



Bild vom digitalen Workshop zur Erarbeitung der Stellungnahme am 28. Februar 2023

13. März 2023



Jugendforum
Nachhaltigkeit
Brandenburg



Vorwort zur Entstehung der Stellungnahme

Am 31. Januar 2023 haben wir als Jugendforum Nachhaltigkeit Brandenburg (JuFoNa) die Einladung der Staatskanzlei erhalten, am 20. März an einer 2-stündigen (Online-)Stakeholder-Konsultation im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung zur Landesnachhaltigkeitsstrategie (LNHS) teilzunehmen. An dem Treffen nehmen außer uns auch einzelne Vertreter*innen von Nachhaltigkeitsbeirat, Nachhaltigkeitsplattform, Städte- und Gemeindebund und Landkreistag teil.

Zusätzlich wurden wir gebeten, zur Vorbereitung bis zum 13. März eine Stellungnahme zum Entwurf der LNHS einzureichen.

Als JuFoNa haben wir den Anspruch, eine Schnittstelle zwischen jungen, an Nachhaltigkeitsthemen interessierten Menschen und der Landespolitik zu sein. Dabei wollen wir möglichst vielen jungen Menschen die Möglichkeit bieten, sich an landespolitischen Prozessen zu beteiligen. Daher haben wir uns kurzfristig dazu entschlossen, einen Online-Workshop zu organisieren und interessierte junge Menschen über unsere öffentlichen Kanäle (Social Media, Mail und Netzwerke) zur Teilnahme einzuladen.

Dieser Workshop fand am 28. Februar 2023 von 17-20 Uhr mit 13 Teilnehmenden statt.

Außer jungen Menschen, die sich bereits im JuFoNa engagieren, nahmen auch Engagierte von Fridays for Future Brandenburg, der NAJU Brandenburg, dem Dachverband der kommunalen Kinder- und Jugendgremien und eine bisher nicht organisierte Person teil.

Die vorliegende Stellungnahme wurde vom JuFoNa-Team aufbauend auf den Diskussionen und Ideen des Workshops in einem ersten Entwurf verfasst und anschließend mit den am Workshop beteiligten jungen Menschen abgestimmt.

Finanziert wird das JuFoNa vom Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz (MLUK) und dem Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (MBSJ). Unterstützt wird das JuFoNa vom Kompetenzzentrum für Kinder und Jugendbeteiligung Brandenburg (KiJuBB), wo das JuFoNa seit Juli 2021 in Trägerschaft der Stiftung Wohlfahrtspflege Brandenburg – Gemeinschaftsstiftung des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes in Brandenburg angesiedelt ist.

Kontakt:

Mail: info@jufona-brandenburg.de

Webseite: www.jufona-brandenburg.de

Instagram: [@jufona_bb](https://www.instagram.com/jufona_bb)

Twitter: [@jufona_bb](https://twitter.com/jufona_bb)

Stellungnahme zum Entwurf der Landesnachhaltigkeitsstrategie

Einführung – Was bedeutet „Nachhaltigkeit“? Und warum ist das wichtig?

Das Wort Nachhaltigkeit ist inzwischen überall zu hören und zu lesen – auch in zahlreichen Strategien des Landes Brandenburg. Oft wird es auch als Worthülse in Werbeslogans genutzt, ohne dass klar wird, was genau mit dem Begriff gemeint ist. Wir wollen daher zu Beginn klarstellen, was Nachhaltigkeit für uns bedeutet.

Nachhaltigkeit bedeutet, nur so viel aus einem System herauszunehmen, wie sich regenerieren kann bzw. nur so viel (Müll) hineinzugeben, wie in der gleichen Zeit abgebaut und beseitigt werden kann. Das gilt für Menschen (z.B. keine Überbelastung für eine lange Zeit) genauso wie für Tiere, Ökosysteme und unseren Planeten als Ganzen. Auf unser Zusammenleben bezogen bedeutet für uns Nachhaltigkeit auch Gerechtigkeit. Insbesondere eine (global) gerechte Verteilung der zur Verfügung stehenden Ressourcen und der anfallenden Arbeit. Aktuell leben wir nicht nach diesen Kriterien. Im Gegenteil: Die Zerstörung von Ökosystemen, die Ausrottung von Arten, die Ausbeutung und Vertreibung von Menschen und Tieren, die Klimakrise, die nicht aufgehalten wird, sind alles Symptome einer Gesellschaft und ihrer Wirtschaft, die den Gedanken der Nachhaltigkeit bisher nicht lebt.

Daher bedeutet die konsequente Umsetzung von „Nachhaltigkeit“ für uns eine fundamentale Transformation unserer Gesellschaft und unserer Wirtschaft. Gelebte Nachhaltigkeit drückt ein neues Verständnis vom Zusammenleben zwischen Menschen, Tieren und Umwelt aus, welches nicht auf Ausbeutung, sondern auf Ausgleich beruht. Dies beinhaltet:

- Die Abkehr von der Vorstellung des unendlichen (wirtschaftlichen) Wachstums.
- Das Anerkennen unserer Abhängigkeiten von den begrenzten natürlichen Lebensgrundlagen.
- Den Erhalt der natürlichen Umwelt in dem Maß, dass auch zukünftige Generationen ein gutes Leben auf der Erde führen können.
- Die Achtung und Einhaltung der planetaren Grenzen¹.
- Den bewussten und gerechten Umgang mit und Zugang zu Ressourcen. Damit meinen wir sowohl unsere (menschlichen) Ressourcen, als auch die natürlichen Ressourcen.
- Den ausgleichenden Umgang mit verschiedenen Interessen und Lebenssituationen innerhalb von Brandenburg.
- Das Anerkennen der ungleichen Verantwortung für und Betroffenheiten durch die momentane Nachhaltigkeitskrise - sowohl zwischen dem globalen Norden und Süden als auch innerhalb der Gesellschaft in Brandenburg (z.B. aufgrund von sozio-ökonomischen Unterschieden)
- Globale und intergenerationale Gerechtigkeit.

Diese umfassende Transformation bedeutet schwere Arbeit, Auseinandersetzungen und Ausdauer. Dennoch ist diese Transformation notwendig, um Menschen heute und in Zukunft **ein lebenswertes, selbstbestimmtes Leben in Frieden auf der Erde zu ermöglichen**. Denn wichtige Grundvoraussetzungen für dieses lebenswerte, selbstbestimmte Leben auf der Erde sind aktuell durch die globale Nachhaltigkeitskrise, welche sich aus verschiedenen Bestandteilen zusammensetzt (Klimakrise, Massenaussterben der Arten, Umwelt- und Wasserverschmutzung, Entwaldung, Degradierung von Böden, zunehmende soziale Ungleichheiten und so weiter) bedroht:

¹ <https://www.bpb.de/themen/umwelt/anthropozoen/248882/planetare-grenzen/>



- die ausreichende Verfügbarkeit von sauberem Wasser, sauberer Luft, Nahrungsmitteln und Rohstoffen
- ein stabiles Klima
- die Möglichkeit zum Schutz der Grundrechte aller Menschen
- Gerechtigkeit

Brandenburg als Mitverursacher (z.B. Kohleverstromung, Trockenlegung von Mooren, konventionelle Landwirtschaft, Massentierhaltung, etc.) und zunehmend auch Leidtragender (z.B. Wassermangel, degradierte Böden, Fischsterben in der Oder, etc.) der globalen Nachhaltigkeitskrise trägt dabei eine besondere Verantwortung, sich ernsthaft auf den Weg in eine Zukunft zu machen, in der das Handeln von Menschen von Nachhaltigkeit und Verantwortung geprägt ist.

Wir sind überzeugt davon, dass sich die Anstrengungen auf dem Weg dorthin lohnen und wir alle von mehr Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit in allen Bereichen des Lebens profitieren werden. Als junge Menschen, die noch lange in Brandenburg leben wollen, sind wir in besonderem Maße darauf angewiesen, dass die Landesregierung die notwendige Transformation im Land Brandenburg beginnt und alle Anstrengungen daransetzt, sie zum Erfolg zu führen.

Grundsätzliche Anmerkungen zum Entwurf der LNHS

Wir begrüßen es sehr, dass sich die Landesregierung – nun erstmals unter Federführung der Staatskanzlei – mit dem Thema Nachhaltigkeit auseinandersetzt und einen Entwurf zur neuen LNHS vorgelegt hat.

Die Gliederung nach SDGs erachten wir für sinnvoll. So werden die wesentlichen Bereiche der Nachhaltigkeit abgedeckt, und das Papier ist leicht nachvollziehbar und kommunizierbar. Auch das Bemühen, die LNHS kurz und übersichtlich zu halten, finden wir gut. Positiv wollen wir außerdem hervorheben, dass auch wir als junge Menschen an der Erarbeitung dieser Strategie beteiligt werden.

Dennoch haben wir einige Anmerkungen und Befürchtungen.

Fehlende Eindeutigkeit und Messbarkeit der Ziele

Bisher bleibt der Strategieentwurf an vielen Stellen vage. Besonders in den Leitsätzen häufen sich viele schöne Worte, die nicht erklären, was dies konkret für Brandenburgs Zukunft bedeuten wird.

Auch bleibt der Zeithorizont für die Umsetzung der LNHS unklar. Obwohl die SDGs der Agenda 2030 entstammen, welche den Anspruch verfolgt, die 17 Nachhaltigkeitsziele bis 2030 umzusetzen, ist im Entwurf der LNHS kein Zieljahr für die Umsetzung benannt.

Außerdem legt die Strategie nur wenig konkrete Ziele fest. Bis auf wenige Ausnahmen sind die Ziele nur mit Begriffen wie „Erhöhung“ oder „Senkung“ definiert. So wird ein gutes Monitoring über die Erreichung der Ziele verhindert. Hier wünschen wir uns mehr Konkretisierung mit Zahlen und einem Zieljahr, bis wann das jeweilige Ziel erreicht werden soll. Im besten Fall muss die Strategie auch Zuständigkeiten benennen, wer für die Umsetzung und Zielerreichung federführend verantwortlich ist.

Um den SDGs gerecht zu werden, braucht es dringend mehr als jeweils einen Indikator, der nur einen Teilbereich abbildet. Um die Komplexität zu reduzieren, könnten aber beispielsweise Hauptindikatoren, die jedes Jahr erhoben werden und Nebenindikatoren, die nur alle zwei Jahre erhoben werden, definiert werden.

Definition von Maßnahmen

Sehr irritierend sind für uns die „Maßnahmen“, welche unter den Schwerpunktbereichen benannt werden. Dabei handelt es sich fast ausschließlich um Maßnahmen, die sich auf weitere (Fach-)Strategien beziehen: Entweder sollen Strategien neu geschrieben, überarbeitet oder umgesetzt werden. Uns erschließt sich der Mehrwert dieser „Maßnahmen“ nicht. Für uns als Außenstehende erweckt dies den Eindruck, dass kein echter Wille da ist, Brandenburg auf einen Pfad der nachhaltigen Entwicklung zu bringen. Entweder braucht es hier einen anderen Begriff als „Maßnahmen“ (zum Beispiel „weitere strategische Untersetzung“ o.ä.) oder es müssen zusätzlich auch „echte“ Maßnahmen, die direkt zu einer Umsetzung der SDGs führen, benannt werden.

Umsetzung, Festlegung von Zuständigkeiten und Verbindlichkeit

Der vorliegende Entwurf ist nun schon das dritte Strategiepapier in Brandenburg, welches sich „Landesnachhaltigkeitsstrategie“ nennt. Leider hat die Vergangenheit der LNHS, aber auch anderer Fachstrategien, gezeigt, dass es bisher oft an der systematischen Umsetzung der Papiere gemangelt hat. Daher treibt uns die Frage um, ob es sich bei der aktuellen Landesnachhaltigkeitsstrategie wieder um ein Papier handeln wird, das nicht oder nur ungenügend in die Umsetzung geht. Um es diesmal besser zu machen, sollte sich die Staatskanzlei genau überlegen, wie die Umsetzung strukturell und finanziell in der Staatskanzlei selbst, in anderen Ministerien aber auch im Austausch mit den Kommunen aktiv begleitet werden kann. Dazu sollten folgende Fragen in der Strategie beantwortet werden:

- Wer ist für die Umsetzung, das Monitoring und die Weiterentwicklung der LNHS zuständig – auch über die Legislaturperiode hinaus? Diese Person(en) müssen mit ausreichend Ressourcen ausgestattet werden.
- In welchem Prozess werden die in Tabelle 1 benannten Fachstrategien auf deren Kompatibilität mit den SDGs untersucht?
- Wie sollen die Kommunen in die Umsetzung der Strategie miteinbezogen werden? Wer koordiniert das?
- Wie soll die Zivilgesellschaft an der Umsetzung der Strategie beteiligt werden?
- Wie können andere Ressorts, die beispielsweise für die Umsetzung einzelner Fachstrategien verantwortlich sind, an die Einhaltung der LNHS gebunden werden?
- Welche Mechanismen greifen, wenn Ziele nicht erreicht werden? Wer hat die Kompetenz einzuschreiten?
- Welche Rolle nimmt die Staatskanzlei bei der Umsetzung ein?

Das Thema der Umsetzungsstruktur wäre für uns ein weiteres Kapitel in der LNHS wert. Zum Beispiel als Kapitel 4 (zwischen 3 Kommunikation und 5 Ausblick).

Um die Verbindlichkeit zu erhöhen, setzen wir uns für die Überführung der LNHS in ein Nachhaltigkeitsgesetz ein, auch um zukünftige Regierungen an die Umsetzung zu binden.

Einbindung der Zivilgesellschaft und Beteiligungsprozess

Wir entnehmen dem vorgelegten Entwurf, dass die LNHS vor allem den Anspruch hat, die Verwaltung selbst zu transformieren, sodass sie ihrer Vorbildfunktion in Sachen nachhaltiger Entwicklung gerecht wird. Diesen Anspruch begrüßen wir. Dennoch schwinden so leider die Anknüpfungsmöglichkeiten für die Zivilgesellschaft, obwohl diese ein wesentlicher Akteur zur Erreichung der Ziele ist. Auch wir konnten nur wenige Anknüpfungspunkte für unsere Arbeit im JuFoNa erkennen. Es wird kaum klar, an welcher Stelle wir einen Beitrag zur Umsetzung der LNHS leisten können. Die Leitsätze sind dafür zu unkonkret und alle definierten Maßnahmen beziehen sich ausschließlich auf die Verwaltung.

Als ersten Schritt können wir das Vorgehen, sich zunächst auf die Verwaltung selbst zu konzentrieren, akzeptieren. Dennoch drängen wir darauf, dass die Staatskanzlei den nächsten Schritt gleich mitdenkt und anstößt: Brandenburg braucht eine LNHS, welche alle Akteure aus Zivilgesellschaft und Wirtschaft zum Mitmachen auffordert und Rahmenbedingungen, konkrete Ziele und Umsetzungsschritte definiert.

Der Beteiligungsprozess an der Erstellung der aktuellen LNHS wurde sehr klein gehalten. Für die Zukunft wünschen wir uns, dass die Beteiligung an der LNHS ausgebaut wird. Im Rahmen einer Weiterentwicklung der LNHS sollten Beteiligungsformate entwickelt werden, die auch Vorbild für die Beteiligungsprozesse der Fachstrategien sind. Die LNHS sollte in Zukunft einen Beitrag leisten, Beteiligungsformate zu entwickeln, die ...

- ... zusammen mit der beteiligten Zivilgesellschaft am Anfang der Erstellung von Strategiepapieren erarbeitet werden,
- ... über Information und Dialog hinausgehen,
- ... transparent machen, wie Ergebnisse verwendet werden,
- ... Menschen erreichen, die sich nicht schon aktiv politisch einbringen,
- ... in leichter Sprache zugänglich gemacht werden und
- ... keine Suggestivfragen stellen.

Anmerkungen zu den Zielen und Indikatoren für die einzelnen SDGs

Im Folgenden wollen wir unsere Gedanken, Ideen und beobachteten Herausforderungen für Brandenburg in Bezug auf die 17 Nachhaltigkeitsziele darstellen. Dabei wollen wir auch die im Entwurf der LNHS vorgeschlagenen Ziele und Indikatoren kommentieren und eigene Vorschläge machen.

Auch wenn nicht alle Vorschläge in die LNHS aufgenommen werden können, wollen wir darauf drängen, dass geprüft wird, inwieweit die von uns benannten Ziele und Indikatoren bereits in den auf Seite 7f. benannten Fachstrategien berücksichtigt werden.

Grundsätzlich ist es notwendig, dass die in der LNHS benannten Ziele mit Jahreszahlen und Zielwerten konkretisiert werden. Ein Ziel nur mit „Verbesserung“, „Verringerung“, „Steigerung“ o.ä. zu benennen, reicht nicht aus und ist für ein anschließendes Monitoring ungenügend. Hier ist es die Aufgabe der Staatskanzlei konkrete Ziele zu benennen und deren Erreichung aktiv zu fördern.

SDG 1: Keine Armut

Oberstes Ziel von SDG 1 ist es selbstverständlich, absolute Armut abzuschaffen. Wir plädieren dafür, auch die relative Armut in Brandenburg zu betrachten und zu verringern. Dies würde bedeuten, die Einkommensschere am unteren Ende zu verkleinern und damit sicherzustellen, dass es keine finanziell marginalisierten Gruppen gibt und soziale Teilhabe allen Menschen ermöglicht wird.

Somit lässt sich Armut nicht nur an der Langzeiterwerbslosigkeit messen. Auch Menschen in (Teilzeit-)Beschäftigung, Studierende, Auszubildende, Alleinerziehende, Familien mit vielen Kindern, Rentner*innen, etc. können armutsbetroffen oder -gefährdet sein. Wir plädieren dafür, daher ergänzend oder anstatt der Langzeiterwerbslosigkeit die Armutsgefährdungsquote als Indikator zu nutzen.

Wir schlagen daher das Ziel: Keine armutsgefährdeten Personen in Brandenburg bis 20XX und folgende Indikatoren vor:

- Anteil der armutsgefährdeten Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung Brandenburgs in Prozent
- Anteil der von Kinderarmut betroffenen Kinder in Prozent
- Jugendarbeitslosigkeit

SDG 2: Kein Hunger

Beim SDG „kein Hunger“ geht es zum einen um die quantitative Menge an Nahrungsmitteln, die Menschen zur Verfügung stehen. Auch in Brandenburg gibt es Menschen, die sich nicht ausreichend Nahrungsmittel leisten können und auf Angebote wie die Tafel angewiesen sind. Um hier einen Überblick zu bekommen, wie vielen Menschen in Brandenburg nicht ausreichend Nahrungsmittel zur Verfügung stehen, kann als *Indikator die Anzahl an Menschen mit Tafelausweis* verwendet werden.

Neben der Quantität der Nahrung geht es aber auch um die Qualität. Hier begrüßen wir, dass als Indikator die ökologische Landwirtschaft betrachtet wird. Jedoch schlagen wir vor, *den Anteil an ökologisch bewirtschafteter Fläche an der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche (in %)* zu betrachten. Zusätzlich könnte der *Anteil ökologisch hergestellter Produkte am Lebensmittel-Konsum in Brandenburg* betrachtet werden.

Den Indikator „Anzahl der landwirtschaftlich genutzten Fläche in ha“ lehnen wir ab. Er sagt weder etwas über die Qualität der produzierten Lebensmittel noch etwas über die Quantität aus. Reduziert man beispielsweise die Viehzucht, können von derselben Fläche mehr Menschen ernährt werden. Auch werden in Zukunft Doppelnutzungen der Fläche (z.B. Agri-PV) an Bedeutung gewinnen.

Außerdem wird es im Sinne des Klimaschutzes notwendig werden, Moorflächen zu renaturieren. Dies könnte langfristig die rein landwirtschaftlich genutzte Fläche in Brandenburg reduzieren. Was jedoch nicht passieren darf, ist, dass landwirtschaftliche Flächen für neue Straßen, Rastplätze, Bergbau, Neubaugebiete oder Industrieanlagen aufgegeben werden. Hier könnte als *Indikator die Flächenversiegelung von ehemals landwirtschaftlichen Flächen* dienen.

SDG 3: Gesundheit und Wohlergehen

Bezüglich des SDG 3 sehen wir folgende Herausforderungen für Brandenburg:

- Mangel an medizinischem Personal (Ärzt*innen & Pflegekräfte) vor allem im ländlichen Raum
- Mangel an psychologischem Personal, oft sehr lange Wartezeiten auf einen Therapieplatz
- Bisher keine staatliche medizinische Fakultät in Brandenburg
- In Zukunft ist verstärkt mit starken gesundheitlichen Risiken durch Hitze zu rechnen

Als Ziele und Indikatoren schlagen wir daher vor:

- Ziel: ortsnahe und zuverlässige medizinische Versorgung gewährleisten // mögliche Indikatoren: Ärzt*innen im städtischen und ländlichen Raum pro 1000 Einwohner*innen oder durchschnittliche Wartezeit für einen Arzttermin.
- Ziel: psychologische Betreuung verbessern // Indikator: Psychotherapeut*innen je 1000 Einwohner*innen

SDG 4: Hochwertige Bildung

Dieses SDG liegt uns besonders am Herzen, da viele von uns noch zur Schule gehen, ein Studium oder eine Ausbildung machen. Trotzdem möchten wir betonen, dass dieses SDG nicht nur wichtig für junge Menschen ist, sondern auch Weiter- und Fortbildung im Beruf und das Konzept „lebenslanges Lernen“ von hoher Bedeutung sind. Die Welt ist im ständigen und immer schnelleren Wandel. Daher müssen wir alle – egal welchen Alters – ständig Neues dazulernen, um uns weiterhin gut in dieser Welt zurechtfinden zu können. In Zeiten von Fake News ist hochwertige Bildung zudem eine Grundvoraussetzung für eine funktionierende Demokratie.

Für Brandenburg sehen wir folgende Herausforderungen bei diesem SDG:

- Gerade der ländliche Raum – aber auch Brandenburg insgesamt – leidet unter dem Phänomen „Braindrain“. Das heißt, gut gebildete Menschen ziehen weg, da es keine attraktiven Arbeitschancen für sie gibt.
- Lehrkräfte-Mangel: auch Brandenburger Schulen leiden darunter, dass es zu wenige Lehrer*innen gibt und es so bei Krankheit zu Unterrichtsausfällen kommt.
- In Brandenburg ist Politikverdrossenheit weit verbreitet: Junge Menschen haben wenig Vertrauen in politische Strukturen und Entscheidungsträger*innen. Dem kann man zum Beispiel mit (Demokratie-)Bildung begegnen. Siehe außerdem SDG 16.

Wir können alle vorgeschlagenen Ziele und Indikatoren für dieses SDG nachvollziehen und unterstützen. Dennoch bilden sie zwei wichtige Dimensionen des SDGs nicht ab: (1) Das Thema BNE muss nicht nur im außerschulischen, sondern auch im schulischen Kontext gestärkt werden und (2) die Erwachsenenbildung, die auch im Schwerpunktbereich „Bildung und lebenslanges Lernen“ betont wird, ist bisher in den Zielen und Indikatoren nicht abgebildet. Ziele und Indikatoren könnten sein:

- Anzahl von Aus- und Weiterbildungsstätten in ländlichen Regionen erhöhen
- Kooperation von formellen und non-formellen Bildungseinrichtungen fördern
- Mehr Teilnehmende in Angeboten der Demokratie-Bildung

SDG 5: Geschlechtergleichheit

Das SDG 5 weist eine erhebliche Diskrepanz auf, die bereits im Namen anfängt. *Gender Equality* zielt in erster Linie darauf ab, Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern zu schaffen. Dabei ist es wichtig, anzuerkennen, dass Menschen unterschiedlicher Geschlechter auch unterschiedliche Bedürfnisse mitbringen. Somit kann eine *Gleichheit* zwischen ihnen nicht erreicht werden – und das sollte auch nicht das Ziel sein, da geschlechtliche Vielfalt und das Ausleben der geschlechtlichen Identität zu einer diverseren Gesellschaft beitragen.

Des Weiteren sollte es bei diesem SDG um die Gleichberechtigung *aller* Geschlechter gehen. In Deutschland gibt es aktuell vier Möglichkeiten für den offiziellen Geschlechtseintrag in der Geburtsurkunde: divers, weiblich, männlich und offen (Streichung/Freilassung des Geschlechtseintrags). Menschen, die nicht dem männlichen oder weiblichen Geschlecht angehören, werden viel zu selten mitgedacht oder genannt. Deshalb ist es ein unabdingbares Anliegen, dies zu ändern. Wir schlagen vor, dass sich das Land Brandenburg stärker mit den Bedürfnissen der unterschiedlichen Geschlechter befasst, explizit mit denen von nicht-binären sowie intergeschlechtlichen, aber auch trans*-Menschen.

Strukturelle Diskriminierung ist für Menschen dieser Personengruppen Alltag. Es ist daher wichtig, ein Zeichen gegen jene Benachteiligung zu setzen, zum Beispiel, indem diese Geschlechtsidentitäten explizit in Landesstrategien wie der LNHS benannt werden. Darüber hinaus könnte das Land Brandenburg sich dafür einsetzen, bürokratische Hürden, die geschlechtsspezifische Diskriminierung begünstigen, abzubauen. Auch die gendergerechte Aufklärung, auch von Betroffenen, z.B. durch Rekonzeption von Lehrplänen und Schulbüchern oder durch gut entlohnte Aufklärungsarbeit, sollte vom Land gefördert werden.

Ein Beispiel ist der Ergänzungsausweis der dgti (Deutsche Gesellschaft für Transidentität und Intersexualität) e.V. Dieser dient als Übergangsdokument für den richtigen Namen sowie das richtige Geschlecht, sollte eine offizielle Angleichung noch nicht erfolgt sein oder nicht erfolgen können. Doch obwohl der Ergänzungsausweis der dgti e.V. vom Bundesinnenministerium ausdrücklich gestattet ist und nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts 2 BvR 1833/95 gültigen Anspruch auf Anrede im bewussten und erklärten Geschlecht sowie selbstgewählten Vornamen in der Kommunikation mit staatlichen Organen erhielt, wird der Ergänzungsausweis noch von zu vielen Institutionen abgelehnt. Abhilfe könnte hierbei eine Regelung leisten, die bspw. Brandenburger Schulen und Ämter dazu verpflichtet, diesen Ergänzungsausweis als gültiges Ausweisdokument anzuerkennen.

Gleichberechtigung der Geschlechter umfasst für uns darüber hinaus verschiedene Facetten:

- **Finanzielle Gleichberechtigung.** Hier geht einerseits um den Verdienstabstand, der sich auf den Stundenlohn bezieht: Sowohl bei vergleichbarer Arbeit und Qualifikation müssen FLINTA²-Personen genauso viel verdienen wie ihre männlichen Kollegen. Aber auch Arbeit in FLINTA-dominierte Tätigkeitsfeldern, wie zum Beispiel in erzieherischen Berufen oder Pflegeberufen muss gerecht entlohnt werden. Andererseits geht es hier aber auch um das Gesamtgehalt, welches eine Person am Monatsende bekommt. Dieses hat neben dem Stundenlohn auch viel mit Teilzeitarbeit zu tun. Schlussendlich geht es auch um eine Angleichung von Besitz und Vermögen zwischen den Geschlechtern.
- **Chancengleichheit in den Möglichkeiten zur Gestaltung und Einflussnahme.** Hier geht es darum, wer in wirtschaftlichen und im weiteren Sinne politischen Führungspositionen (inkl. Leitungsfunktionen in der Verwaltung) ist, und so die Möglichkeit hat, die Gesellschaft zu

² FLINTA: Frauen, Lesben, intergeschlechtliche, nicht-binäre, trans und agender

gestalten. Noch sind überdurchschnittlich viele Führungspositionen durch cis endogeschlechtliche Männer bekleidet.

- **Chancengleichheit durch Hilfsangebote.** Menschen mit Uterus haben einige Herausforderungen in ihrem Alltag und Leben, die Menschen ohne Uterus nicht haben. Zum Beispiel Kosten für und Verfügbarkeit von Menstruationsartikeln, ungewollte Schwangerschaften, im Schnitt mehr Gewalterfahrungen und so weiter. Hilfsangebote wie kostenlose Menstruationsartikel in öffentlichen Einrichtungen, mehr Beratung und Ärzt*innen, die Schwangerschaftsabbrüche anbieten (auch im ländlichen Raum) und mehr Plätze in Schutzhäusern können hier etwas Abhilfe schaffen.

Daher schlagen wir folgende Indikatoren und Ziele vor:

- Der Gender Pay Gap kann als Indikator für dieses SDG dienen. Es sollte aber spezifiziert werden, ob hier der bereinigte oder unbereinigte Gender Pay Gap angewandt wird³. Wir sprechen uns dafür aus, den unbereinigten Gender Pay Gap zu betrachten, um strukturelle Ungleichheiten besser zu erkennen. Der Gender Pay Gap allein reicht jedoch als Indikator für dieses SDG nicht aus.
- Ziel: Gerechtere Aufteilung der unbezahlten Care-Arbeit und Angleichung der (Netto-)Löhne // Indikator: Teilzeitquote bei Männern und Teilzeitquote bei FLINTA-Personen
- Ziel: Angleichung der Einflussmöglichkeiten // Indikator: FLINTA-Personen in Führungspositionen
- Ziel: Selbstbestimmung von Menschen mit Uterus über ihre Körper stärken // Indikator: Anzahl von Arztpraxen, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen
- Ziel: kostenlose Menstruationsartikel auf Toiletten in allen Schulen/ öffentlichen Einrichtungen
- Ziel: Einführung zusätzlicher geschlechtsneutraler Toiletten in allen Schulen/ öffentlichen Einrichtungen
- Ziel: Sensibilisierung der Kinder- und Jugendhilfe sowie in Bildungseinrichtungen bzgl. sexueller und geschlechtlicher Vielfalt // Indikator: Anzahl an Angeboten von LGBTQ*-spezifischen Aus- und Fortbildungen für pädagogisches Personal

³ Der bereinigte Gender Pay Gap berechnet sich auf Basis der Verdienststrukturerhebungen (VSE), welche alle vier Jahre veröffentlicht werden. Er rechnet jenen Teil des Verdienstabstands heraus, der auf strukturelle Unterschiede zwischen Frauen und Männern zurückzuführen ist. Dazu gehören beispielsweise Unterschiede im Beschäftigungsumfang, Berufserfahrung oder Bildungsstand. Somit zeigt er den Verdienstunterschied zwischen Frauen und Männern, die vergleichbare Qualifikationen, Erwerbsbiografien und Tätigkeiten aufweisen. Der unbereinigte Gender Pay Gap hingegen misst allgemein den Durchschnittsverdienst aller ArbeitnehmerInnen. Er berücksichtigt demnach keine lohdeterminierenden Faktoren **und ist in der Regel etwa dreimal so groß wie der bereinigte Wert.** (<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/3261/umfrage/gender-pay-gap-in-deutschland/>, Zugriff am 09.03.2023)

6: Sauberes Wasser und Sanitäreinrichtungen

Bei diesem SDG geht es zum einen um die Qualität des verfügbaren Wassers. Das umfasst auch die Aufbereitung von Wasser. Gerne würden wir eine kleine Änderung des Indikators vorschlagen: nicht die Anzahl der Kläranlagen messen, sondern die Menge an Wasser, welches mit N- und P-Elimination gereinigt wird.

Zum anderen geht es gerade für Brandenburg auch um die Quantität des verfügbaren Wassers. Als Ziele schlagen wir vor:

- Wasserrückhalt in der Landschaft und natürliche Filterfähigkeiten von Ökosystemen erhöhen
- Anteil des lokal versickerten Wassers aus Kläranlagen erhöhen
- Absoluten Wasserverbrauch (sowohl privat als auch wirtschaftlich) reduzieren und in der Landwirtschaft auf Grauwasser umstellen // Indikator: Frischwasserverbrauch

Zusätzlich geht es bei dem SDG auch um eine gute Sanitärversorgung. Als Ziele für Brandenburg schlagen wir vor:

- Einrichtung von X öffentlichen Trinkwasserbrunnen je X Einwohner*innen (dies ist vor dem Hintergrund der Temperatursteigerungen von hoher Bedeutung)
- Einrichtung von X öffentlich zugänglichen und kostenlosen Toiletten je X Einwohner*innen

SDG 7: Bezahlbare und saubere Energie

Dies ist ein SDG, welches für Brandenburg als Kohleland besondere Bedeutung hat. Der Fokus sollte hier auf dem (1) Ausstieg aus der Nutzung von fossilen Energieträgern (Braunkohle, Erdöl und Erdgas) bei gleichzeitigem (2) Ausbau der Erneuerbare Energien liegen. Um diesen Umstieg schnell und ohne immense kurzfristige Kosten zu schaffen, muss zusätzlich der (3) Endenergieverbrauch reduziert werden.

Der benannte Indikator „Anteil der EE am Primärenergieverbrauch“ ist daher gut, aber allein nicht ausreichend.

Hier muss mindestens der Indikator „absoluter Endenergieverbrauch“ hinzugefügt werden.

Im Besten Fall wird zusätzlich der Indikator „absoluter Verbrauch/ Einsatz von fossilen Energieträgern“ hinzugefügt.

SDG 8: Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum

Die SDGs sind globale Nachhaltigkeitsziele und daher nicht immer 1 zu 1 für jedes Land anwendbar. Das wird besonders deutlich bei diesem SDG. Während vor allem die finanziell schwächeren Staaten den gleichen wirtschaftlichen Stand wie in den Industriestaaten anstreben, sollten die industrialisierten Staaten – wozu auch Brandenburg gehört – kein weiteres quantitatives Wirtschaftswachstum anstreben. Hier sollte der Fokus auf den qualitativen Aspekten des SDGs, wie „menschwürdige Arbeit“ und nachhaltige Wirtschaftsstrukturen liegen.

Daher lehnen wir das BIP als Indikator für dieses SDG ab. Das BIP misst ausschließlich das quantitative finanzielle Wirtschaftsgeschehen. Bei diesem SDG geht es jedoch auch um eine qualitative Betrachtung des Wirtschaftsgeschehens.

Daher schlagen wir hier den Indikator des regionalen Wohlfahrtsindex vor. Im Koalitionsvertrag von 2019 wurde vereinbart, diesen Indikator auch für Brandenburg zu erheben.

SDG 9: Industrie, Innovation und Infrastruktur

Das SDG 9 ist von besonderer Bedeutung für Brandenburg. Es umfasst folgende Ziele (1) widerstandsfähige Infrastruktur aufbauen, (2) nachhaltige Industriestrukturen und (3) Innovation unterstützen. Bisher ist nur der dritte Aspekt der Innovation in den Zielen und Indikatoren der LNHS abgebildet. Wobei wir auch hier beispielsweise die Menge an Startups/ neu gegründeten Unternehmen als Indikator begrüßen würden.

Zum Ziel (1) widerstandsfähige Infrastruktur sehen wir besonders bei folgenden Themen Nachholbedarf in Brandenburg:

- **Digitale Infrastruktur:**
Hier muss die Netzabdeckung verbessert werden und der Schutz gegenüber Hackerangriffen auch von Verwaltungen und Unternehmen gestärkt werden. // Mögliche Indikatoren: (1) erfolgreiche Hackerangriffe auf Unternehmen und Verwaltung, (2) Abdeckung der Landesfläche mit Mobilfunk in %.
- **Mobilitätsinfrastruktur:**
Während das Straßennetz in Brandenburg bereits sehr gut ausgebaut ist, gibt es deutlichen Handlungsbedarf beim ÖPNV. Es gibt sowohl Bedarf an neuen Schienen bzw. der Reaktivierung von Strecken als auch an neuen und häufigeren Busverbindungen. // Mögliche Indikatoren: (1) Schienen-Kilometer in Betrieb (2) Anzahl der Buslinien (3) Anzahl der Fahrgäste

SDG 10: Weniger Ungleichheiten

Genau wie bei SDG 5 darf es hier nicht nur um rein finanzielle Aspekte gehen. Handlungsbedarf für Brandenburg sehen wir bei folgenden Aspekten:

- Formulare und Vorschriften für alle zugänglich machen: in leichter Sprache und in weiteren Sprachen außer Deutsch anbieten
- Ungleichheiten zwischen berlinnahen und berlinfernen Regionen Brandenburgs abbauen (zum Beispiel: Zugang zu autofreier Mobilität, Zugang zu Bildung, Möglichkeiten zur politischen Einflussnahme, ...)
- Barrierefreiheit fördern – physisch sowie psychisch
- Anhebung des Lohns für be_hinderte⁴ Menschen, auch und gerade in Werkstätten – mindestens auf Mindestlohn
- Menschen mit Flucht- und Migrationsgeschichte schneller und besser integrieren: Sprachkurse, Vermittlung in (gut bezahlte) Arbeit, Angebote finanziell fördern, die Menschen mit Fluchtgeschichte und Menschen, die schon länger in Brandenburg leben, auch in der Freizeit zusammenbringen, den Austausch fördern und Vorurteile abbauen.

Bezüglich des benannten Ziels haben wir folgende Anmerkung: Das aktuelle Ziel „Verbesserung der Einkommensverteilung“ muss spezifiziert werden. Was bedeutet „Verbesserung“? Hier sollte eher stehen: „Verbesserung der Einkommensverteilung, sodass Einkommensunterschiede abgebaut werden“

Zusätzlich schlagen wir folgende Indikatoren und Ziele vor:

- Neben der Einkommensverteilung geht es beim Thema finanzielle Ungleichheiten auch stark um die Vermögensverteilung. Ziel muss sein, auch bei der Vermögensverteilung große Unterschiede abzubauen.

⁴ Warum wir das Wort Be_hinderung in dieser Schreibweise verwenden, ist hier nachzulesen unter Punkt 1.1: https://blogs.fu-berlin.de/abv-gender-diversity/2022/11/01/be_hinderung-ist-ein-konstrukt%ef%bf%bc/

- Ziel: Ungleichheiten zwischen städtischen und ländlichen Regionen abbauen // mögliche Indikatoren: Anteil von staatlichen Fördermitteln, der in ländliche bzw. städtische Räume fließt ODER verfügbare Haushaltsmittel/ Einwohner*innen bezogen auf ländliche bzw. städtische Kommunen
- Ziel: Benachteiligung von be_hinderten Menschen abbauen // Indikator: Erwerbsquote bzw. Einkommenshöhe von be_hinderten Menschen
- Ziel: Benachteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund abbauen // mögliche Indikatoren: Erwerbsquote bzw. Einkommenshöhe von Menschen mit Migrationshintergrund

SDG 11: Nachhaltige Städte und Gemeinden

Unsere Städte und Gemeinden in Deutschland und auch in Brandenburg stehen vor großen Herausforderungen: steigende Mieten, Gefahren durch die zunehmende Klimakrise (Hitze, Stress für das Stadtgrün, Starkregen, ...) sowie teilweise zunehmende soziale Spannungen. Zusätzlich ist der Verkehr nach wie vor weit entfernt davon, nachhaltig zu sein. Er ist noch immer verantwortlich für viele Verkehrstote, Luftverschmutzung und Lärmbelastung.

Wir begrüßen beide benannten Ziele und Indikatoren. Zusätzlich schlagen wir folgende Ziele und Indikatoren vor:

- Ziel: Erhöhung der Verkehrssicherheit und Senkung der Anzahl von jährlichen Verkehrstoten in Kommunen auf 0 bis 20XX
- Ziel: Anpassung an die Klimakrise in den Kommunen vorantreiben // mögliche Indikatoren: Ausgaben für Klimaanpassungsmaßnahmen in Kommunen ODER Summe von Förderprogrammen für kommunale Klimaanpassungsmaßnahmen ODER Kommunen mit Klimaanpassungskonzepten
- Ziel: bezahlbaren Wohnraum erhalten // Indikator: Anteil an vermieteten Wohnungen in Brandenburg unter XX€/qm

SDG 12: Nachhaltige/r Konsum und Produktion

Bei diesem SDG nur auf die Siedlungsabfälle zu schauen, greift viel zu kurz. Wenn es einen Abfall-Indikator geben soll, dann muss hier der gesamte in Brandenburg anfallende Abfall, inklusive Industrieabfällen, Bauschutt, etc. betrachtet werden.

Zum Thema „nachhaltiger Konsum“ ist es aus unserer Sicht jedoch wichtig, nicht nur auf die Abfälle zu schauen. Es geht vor allem darum, auch beim Konsum das Thema „Suffizienz“ zu stärken. Das heißt, insgesamt den Konsum zu reduzieren. Hier sind besonders die finanziell reicheren Menschen gefragt.

Beim Thema „nachhaltige Produktion“ geht es um (1) die Verminderung von schädlichen Umwelteinflüssen und (2) gute Arbeitsbedingungen. Mögliche Indikatoren sind neben den Abfällen, die Energie- und CO₂-Intensität von Industrieprozessen sowie die Luft- und Gewässerqualität in der Umgebung von Industriestandorten. Das Thema „gute Arbeitsbedingungen“ muss in SDG 8 aufgegriffen werden.

SDG 13: Maßnahmen zum Klimaschutz

Hier hat Brandenburg – als Bundesland mit den höchsten pro-Kopf-Emissionen (21t/ Jahr) – deutlichen Handlungsbedarf. Brandenburg muss schnellstmöglich auf den Pfad hin zur Klimaneutralität alle Emissionsquellen abbauen. Das bedeutet einen Kohle- und Gasausstieg und die Transformation hin zu einer emissionsfreien Wärmeversorgung mit dem Ausbau von Geothermie und Solaranlagen. Außerdem müssen gerade im ländlichen Raum Brandenburgs Radwege und Schienenverkehr, aber auch Buslinien ausgebaut werden. Die Nutzung des ÖPNV muss so kostengünstig wie möglich sein und der Straßenausbau gestoppt werden.

Wir begrüßen den Indikator THG-Emissionen und natürliche Kohlenstoffsenken.

Der zweite Indikator (Anpassung an den Klimawandel) ist zu unkonkret. Daher schlagen wir folgendes Ziel und Indikator vor:

- Ziel: Reduktion der Methan- und CO₂-Emissionen aus Mooren durch Wiedervernässung // Indikator: Auf Flurhöhe wiedervernässte Moorflächen in ha

SDG 14: Leben unter Wasser

Dieses SDG scheint für Brandenburg auf den ersten Blick wenig Bedeutung zu haben, da wir keinen Meerzugang haben. Dennoch fließen durch Brandenburg einige Flüsse, die ins Meer münden.

Als Ziele und Indikatoren schlagen wir vor:

- Ziel: Steigerung des Anteils der Biolandwirtschaft auf X% bis 20XX// Indikator: Anteil der Biolandwirtschaft in %
- Ziel: Steigerung naturnaher Flussökosysteme durch Renaturierungen (Altarme wieder anschließen, Deiche rückbauen etc.) // Indikator: Anteil natürlich fließender Flüsse an gesamten Fluss-Kilometern in %
- Ziel: Gefährdete, wandernde Fischarten von der Bewirtschaftung ausnehmen // Indikator: Anzahl an gefährdeten Fischarten, die bewirtschaftet werden
- Ziel: Eintrag von Stickstoff in Gewässer reduzieren, indem der Einsatz von Stickstoffdünger reduziert wird

SDG 15: Leben an Land

Auch SDG 15 ist von besonderer Bedeutung für Brandenburg. Defizite bezüglich des SDGs sehen wir in diesen Punkten:

- Die Wälder in Brandenburg sind in einem immer schlechteren Zustand, wie der Waldzustandsbericht jedes Jahr neu herausstellt.
- Der breite Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und Düngern in der konventionellen Landwirtschaft in Verbindung mit einer Abnahme an Landschaftselementen führen zu einem Verlust an Biodiversität.
- Erosion von landwirtschaftlichen Böden
- Die Entwässerung von Mooren, Versiegelung, Abholzung, Rückgang von Hecken und Sträuchern führt zur drastischen Reduktion von wertvollen Biotopen.

Daher schlagen wir folgende Ziele und Indikatoren vor:

- Ziel: Anteil des Mischwaldes an der Brandenburger Waldfläche auf X% in 20XX steigern

- Ziel: Anteil der Schutzgebiete an der Landesfläche auf X% bis 20XX erhöhen (exklusive Landschaftsschutzgebieten). Wir schlagen eine Orientierung an der Convention on Biological Diversity vor (30% bis 2030).
- Ziel: Moore renaturieren (siehe SDG 13)
- Ziel: Anteil ökologisch bewirtschafteter Fläche erhöhen (siehe SDG 2)

SDG 16: Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen

Dieses SDG halten wir für besonders relevant für Brandenburg. Vor allem in diesen Punkten sehen wir Handlungsbedarf:

- In Brandenburg breiten sich rechtsextreme Strukturen und Netzwerke aus. Auch der Anteil von Wähler*innen, die rechtsextremen und rechtspopulistischen Parteien ihre Stimme geben, ist (im bundesdeutschen Vergleich) erschreckend hoch. Hier muss mit effektiven Maßnahmen gegengesteuert werden.
- Beteiligung auf Landes- und kommunaler Ebene muss gestärkt werden. Dabei muss ein klares Verständnis davon entwickelt werden, was „echte“ und was Scheinbeteiligung ist. Hier müssen Kriterien entwickelt werden, die sicherstellen, dass Beteiligung in Zukunft besser gestaltet wird, sodass Beteiligungsangebote bei Bürger*innen zu Selbstwirksamkeitserfahrungen und nicht zu Frust führen. Zu Beteiligung gehören neben der Beteiligung an Strategieprozessen, auch die Beteiligung an der Umsetzung von Strategien und Dialog-Angebote.
- Zugang zu politischen Prozessen erleichtern. Durch Transparenz, leichte Sprache, digitale Angebote, ...
- Inklusion und Gleichberechtigung fördern (siehe auch SDG 5 und 10)

Daher schlagen wir folgende Ziele und Indikatoren vor:

- Ziel: Demokratie-Bildung in Brandenburg stärken // Indikator: Anzahl an Teilnehmenden an Angeboten der Demokratie-Bildung
- Ziel: Wahlbeteiligung bei Kommunal- und Landtagswahlen erhöhen
- Ziel: Unterstützung für eindeutig demokratische Parteien bei Wahlen und Umfragen erhöhen

SDG 17: Partnerschaften zur Erreichung der Ziele

Auch wenn dieses Ziel sicher eine höhere Bedeutung auf nationaler Ebene hat, ist es trotzdem auch für Brandenburg von Bedeutung. Brandenburg hat eine lange Grenze mit Polen. Wenn wir an die Katastrophe des Fischsterbens in der Oder 2022 denken oder an den drohenden Oder-Ausbau, den Polen vorantreibt, so sind dies eindeutig Entwicklungen, die dem Gedanken der Nachhaltigkeit entgegenstehen. Hier braucht es Partnerschaften und Netzwerke mit zivilgesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Akteur*innen in Polen, um diese Entwicklungen zu stoppen. Diese so wichtige Partnerschaft mit Polen sehen wir in der LNHS bisher nicht abgedeckt.

Zusätzlich können Partnerschaften durch eine stärkere Vernetzung der Hochschulen gestärkt werden. Durch brandenburgische Studierende, die ein Semester im Ausland studieren und andersherum Studierende ausländischer Hochschulen, die ein Semester in Brandenburg verbringen, ergeben sich Verbindungen, Netzwerke und Freundschaften, die ein grenzübergreifendes, friedliches Zusammenleben stärken.

Daher schlagen wir folgende Ziele und Indikatoren vor:

- Ziel: Anteil von Studierenden an Brandenburger Hochschulen, die ein Auslandssemester machen, erhöhen
- Ziel: Anzahl von Studierenden an nicht-deutschen Hochschulen, die ein Auslandssemester an Brandenburger Hochschulen machen, erhöhen
- Ziel: Anzahl von Städtepartnerschaften zwischen brandenburgischen und ausländischen Städten und Kommunen erhöhen

Anmerkungen zu den Leitsätzen der „Schwerpunktbereiche“

Grundsätzlich erscheinen uns die Leitsätze sehr allgemein und wenig konkret. Es wirkt, als wurden wichtige Buzz-Words miteinander verknüpft, ohne die Inhalte wirklich zu erfassen bzw. diese großen Worte und Ziele mit konkreten Handlungsoptionen für Brandenburg zu unterlegen. So klingen die Leitsätze zwar auf den ersten Blick gut, bei näherer Betrachtung wird aber deutlich, dass sie sich teilweise widersprechen. Deshalb schlagen wir vor, konkret auf Fachstrategien oder andere Papiere zu verweisen, wo man eine Konkretisierung der Begriffe nachlesen kann. Alternativ könnte es auch eine Art Anhang geben, in dem die Buzz-Words erklärt und konkretisiert werden.

Außerdem sehen wir wenig Zusammenhang zwischen den in den Leitsätzen benannten Zielen und den formulierten Zielen in der Tabelle auf Seite 30f.

Wir würden uns daher wünschen, dass die Leitsätze grundlegend überarbeitet und ihrer Funktion gerecht werden, eine greifbare und nachvollziehbare Vision für die Zukunft Brandenburgs zu beschreiben.

Konkrete Anmerkungen zu Leitsatz 1 (Schwerpunktbereich „Natürliche Lebensgrundlagen, Umwelt und Natur“)

Inhaltlich Anmerkungen:

- Erster Satz: Bitte konkretisieren: was bedeutet „naturverträglich“? Bedeutet das, den aktuellen Zustand der „Natur“ zu bewahren? Oder sogar, der „Natur“ wieder mehr Fläche und Raum zu geben? Wie passt das mit dem Ziel und Indikator zusammen, weiterhin 30ha/ Tag in Deutschland zu versiegeln? Denn schon heute steht die „Natur“ kurz vor dem Kollaps – Stichwort Biodiversitätskrise.
- Zweiter Satz: „Die natürlichen Ressourcen (Boden, Luft, Wasser), Ökosysteme und einzigartigen Naturlandschaften sind als Lebensgrundlagen unserer Gesellschaft zu erhalten.“ Inwiefern sind Boden, Luft, Wasser, Ökosysteme und Naturlandschaften zu erhalten? In ihrer aktuellen Quantität? Oder qualitativ? Oder geht es darum, sie so zu erhalten (und ggf. aufzuwerten), dass sie auch für nachfolgende Generationen noch zur Verfügung stehen?
- Dritter Satz: „Im Zusammenspiel mit Gesellschaft und Wirtschaft ist ihre Nutzung den veränderten Rahmenbedingungen durch den Klimawandel anzupassen und ihre Widerstandsfähigkeit zu stärken.“ Was ist damit gemeint? Ist die Nutzung nur mit Blick auf Klimaanpassung (Adaption) anzupassen? Oder nicht vielmehr mit Blick darauf, die Klimakrise nicht weiter voranzutreiben (Notwendigkeiten des Klimaschutz/ Mitigation)?
- Vierter Satz: „Brandenburg als niederschlagsarmes Land mit Böden mittlerer bis geringer Qualität und landschaftsprägenden Kiefernforsten steht hier vor besonderen Herausforderungen.“ Das ist zwar eine treffende Analyse und beschreibt einen Teil der Situation in Brandenburg. Für einen Leitsatz für zukünftiges Handeln ist dieser Satz aber eher unpassend. Sollte dieser Satz weiterhin bestehen bleiben, müsste beispielsweise auch

Brandenburgs Abhängigkeit von der Kohle als zentrale Herausforderung für den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen benannt werden.

- Uns fehlt in diesem Leitsatz, dass das Land Brandenburg als Verursacher und Leidtragender der Klimakrise, Verantwortung übernehmen muss, um das Voranschreiten der Klimakrise zu stoppen.
- Zwar ist der Begriff „Ökosysteme“ genannt, es fehlt aber eine Bezugnahme auf Artenvielfalt und genetische Vielfalt als weitere Bestandteile des Konzeptes der biologischen Diversität.
- In diesem Leitsatz sollte auch stehen, dass Brandenburg sich verpflichtet, seinen Beitrag zur Wahrung der planetaren Grenzen zu leisten.

Konkrete Anmerkungen zu Leitsatz 2 (Schwerpunktbereich „Wirtschaft, Arbeit und Innovation“)

Inhaltlich Anmerkungen:

- bitte konkretisieren: was ist mit „Gute Arbeit“ gemeint?
- Bitte konkretisieren: „auf Fach- und Arbeitskräfte aus der gesamten Hauptstadtregion und darüber hinaus zurückgreifen zu können.“ Was ist damit gemeint? Und wie soll das erreicht werden?
- Satz 2: hier werden 2 Ziele genannt, die nicht übereinstimmen: (1) „klimaneutralen und ressourcenschonenden Wirtschaft“ & (2) „Emissionen sowie Abfälle auf ein Minimum reduziert“. „klimaneutral“ bedeutet im Grunde für die Wirtschaft die Emissionen nicht „auf ein Minimum“, sondern auf 0 zu reduzieren! Bitte das auch so klar benennen.
- Bitte konkretisieren: was heißt „ohne die Versorgungssicherheit zu gefährden“? Wessen Versorgungssicherheit?
- Insgesamt kommt in dem Text der Gedanke der Suffizienz zu kurz. Mit unserem aktuellen Lebensstil und Wirtschaften sind wir weit davon entfernt, nachhaltig zu sein (wir verbrauchen in Deutschland im Schnitt die Ressourcen von 3 Erden im Jahr). Um zu einer nachhaltigen Entwicklung zu kommen, geht es nicht nur darum, *anders* Energie zu erzeugen, sondern wir müssen insgesamt *weniger* Energie und Ressourcen verbrauchen.

Insgesamt wird in dem Text die Idee des „grünen Wachstums“ befeuert. Es braucht aber – gerade für uns Industriestaaten – Strategien, wie wir auch ohne Wachstum oder sogar mit kontrolliertem Schrumpfen weiterhin ein gutes Leben führen können.

Konkrete Anmerkungen zu Leitsatz 3 (Schwerpunktbereich „Bildung und lebenslanges Lernen“)

Insgesamt sind wir sehr einverstanden mit dem Leitsatz. Wir haben nur zwei Anmerkungen:

- Bitte erwähnen Sie alle Bildungsbereiche konkret: Frühkindliche Bildung, Schule, berufliche Bildung, Hochschule, Non-Formelle und Informelle Bildung, sowie das Lernen in Kommunen
- Bitte ergänzen Sie im Sinne des Whole Institution Approachs die ganzheitliche Ausrichtung von Bildungseinrichtungen auf Nachhaltigkeit.

Konkrete Anmerkungen zu Leitsatz 4 (Schwerpunktbereich „Gesundheit, Pflege und Prävention“)

Inhaltliche Anmerkungen:

- Dritter Satz: Welche Art von „gesellschaftlichen Prozessen“ sind hier gemeint?
- Letzter Satz: Was ist mit „Systeme“ gemeint? Bitte konkretisieren.
- Im ersten Satz steht „in allen Landesteilen“. Dies ist ein sehr wichtiger Aspekt. Gerade im ländlichen Raum fehlt es oft an gut erreichbarer medizinischer Infrastruktur. Dies sollte im Text danach aufgegriffen werden.

- „Psychische“ Gesundheit kommt zwar im Text vor, aber nur im Zusammenhang mit Prävention. Dies ist wichtig. Genauso wichtig ist aber auch, die psychologische Unterstützung für alle zu gewährleisten, die darauf angewiesen sind.
- Bisher kommt ein sehr wichtiger Aspekt zu kurz: die Menschen, die in medizinischen und pflegerischen Berufen arbeiten. Ohne sie ist gesundheitliche Versorgung und Prävention nicht möglich. Wir wünschen uns, dass diese Menschen in dem Text sichtbar werden und das Land sich verpflichtet, bessere Arbeitsbedingungen für diese Menschen zu schaffen.

Textliche Anmerkungen:

- Absatz 1: die bereits bei der Prävention ansetzt und frühzeitig Risiken erkennt, begegnet *und minimiert*.

Konkrete Anmerkungen zu Leitsatz 5 (Schwerpunktbereich „Zusammenhalt und Inklusion“)

Inhaltliche Anmerkungen:

- Es wäre gut, in diesem Leitsatz die Inklusion von be_hinderten Menschen explizit zu erwähnen.
- Es wäre gut, in diesem Leitsatz Rassismus als Diskriminierungsform explizit zu erwähnen.
- Letzter Satz: den Begriff „Sicherheit“ definieren. Was ist damit gemeint? Der Schutz der (natürlichen) Lebensgrundlagen? Oder mehr Polizei? Oder etwas anderes?
- Letzter Satz: „Krisen“ und „widerstandsfähige Strukturen“: was ist damit gemeint? Welche Arten von Krisen? Was bedeutet widerstandsfähig konkret? Bedeutet es zum Beispiel geteilte Verantwortung, sodass in Krisensituationen viele Menschen handlungsfähig sind? Oder konzentrierte Verantwortung, sodass in Krisensituationen eine Person sagen kann, wo es lang geht?
- Bisher fehlt ein sehr wichtiger Aspekt in den Leitsätzen: die Förderung und Würdigung von Engagement, Ehrenamt und politischer Partizipation im Sinne einer gelebten Demokratie. Dieser Aspekt würde gut zum Leitsatz „Zusammenhalt“ passen.

Anmerkungen zum „Beitrag der Landesverwaltung“

Wir wollen positiv anmerken, dass die Verwaltung sich selbst konkrete Maßnahmen auferlegt, um die öffentliche Vorbildrolle einzunehmen, die auch in Sachen Nachhaltigkeit einen großen Transformationseffekt auf die Zivilgesellschaft haben kann. Hervorzuheben ist auch die ganzheitliche Betrachtung des Themas in den vorgeschlagenen Maßnahmen, die sozialen wie auch ökologischen Aspekten Beachtung schenkt.

Unsere folgenden Anmerkungen beziehen sich vor allem auf die weitere Konkretisierung und Messbarkeit der selbstgesteckten Ziele. Außerdem wollen wir weitere Maßnahmen vorschlagen, die wir als möglich und nötig ansehen.

Generelle Anmerkungen:

- Es gilt zu spezifizieren, an wen sich die benannten Maßnahmen richten. An „die Landesverwaltung“ (S. 26, Zeile 1) oder an die „gesamte Landesregierung“ (S. 26, 3. Absatz) oder an beide? Wer ist jeweils damit gemeint? Sind auch nachgeordnete Behörden, wie beispielsweise das LfU o.ä. damit adressiert?
- Auf Seite 28 heißt es, die Umsetzung solle „sukzessive“ erfolgen. Es wäre gut, die Maßnahmen zu priorisieren bzw. kenntlich zu machen, welche Maßnahmen schnell umgesetzt werden und welche mehr Zeit in Anspruch nehmen. Beispielsweise ist die

Vorgabe, zukünftig bei Veranstaltungen standartmäßig vegan bzw. vegetarisches Catering zu bestellen schneller umgesetzt, als die Sanierung aller Landesliegenschaften.

- Weiterhin heißt es „Die Arbeit an den Handlungsbereichen erfolgt daher im Rahmen von interministeriellen Unterarbeitsgruppen, für die jeweils einem Ressort die Federführung obliegt“. Diese interministeriellen Unterarbeitsgruppen mit der jeweiligen Ressort-Zuständigkeit sollten bereits in der Strategie benannt werden.

Bau, Sanierung und Betrieb der Landesliegenschaften

Anmerkungen zu den aufgeführten Maßnahmen:

- Hier sind konkretere Ziele zur Energieeffizienz ratsam, die auch zeitlich festlegen, bis wann Bestandsgebäude saniert und Neubauten entsprechende Qualitätssiegel aufweisen müssen.

Zusätzliche Maßnahmen:

- Solardachpflicht für alle Gebäude des Landes
- Bestehende und neue Pachtverträge über Flächen des Landes an Nachhaltigkeitskriterien knüpfen, damit eine zukunftsfähige Nutzung und Bewirtschaftung sichergestellt wird
- Umstellung der Energieversorgung auf 100% erneuerbare Energien

Beschaffung

Anmerkungen zu den aufgeführten Maßnahmen:

- Hier sollte eindeutig formuliert werden, was „nachhaltige Beschaffung“ bedeutet: Was sind die Ziele? Wie viel Prozent sollen „nachhaltig“ sein, z.B. aus biologischem Anbau oder klimaneutral produziert?
- Zur „nachhaltigen Beschaffung“ sollten auch Kriterien einer sozial gerechten Beschaffung zählen: Unternehmen beauftragen, die auf die Umsetzung der SDGs 5, 8, 10, 16 und weiteren Wert legen und diese mit Leben füllen.

Veranstaltungen

Anmerkungen zu den aufgeführten Maßnahmen:

- Was bedeutet „Green Events“ oder Grünes Catering? Sollen diese Konzepte auf alle Veranstaltungen angewendet werden? Wann soll das umgesetzt sein?
- Nach unserer Recherche beinhaltet Grünes Catering die Benutzung von biologisch abbaubarem Geschirr. Hierzu haben wir zwei Anmerkungen: (1) Der Begriff „biologisch abbaubar“ kann unterschiedliche Sachen bedeuten und ist nicht immer unbedingt nachhaltig. (2) Es sollte immer oberstes Ziel sein, Einweggeschirr generell zu vermeiden!

Zusätzliche Maßnahmen:

- Das Catering sollte bei allen Veranstaltungen standartmäßig vegan/ vegetarisch sein. In begründeten Ausnahmefällen, sollte wenn dann nur bio & regionales Fleisch serviert werden. Außerdem sollte der Anteil von Lebensmitteln mit dem „bio Brandenburg, Gesicherte Qualität“-Siegel konsequent erhöht werden.
- Es sollte darüber hinaus ein Augenmerk auf saisonale und regionale Verpflegung und faire Produktion gelegt werden.

Aus-, Fort- und Weiterbildungen für nachhaltige Entwicklung

Zusätzliche Maßnahmen:

- Austausch zwischen Ressorts und Behörden fördern, um mehr Interdisziplinarität und mehr Zusammenarbeit zu ermöglichen
- Mitarbeitende aktiv dazu ermutigen den gesetzlich verfügbaren Bildungsurlaub in Anspruch zu nehmen, indem der Arbeitgeber bei der Organisation aktiv unterstützt.

Gesundheitsmanagement

Anmerkungen zu den aufgeführten Maßnahmen:

- „Nachhaltige, klima- und ressourcenschonende Kantinenbewirtschaftung“ – Hier sollte explizit erwähnt werden, dass verstärkt veganes und vegetarisches Essen angeboten werden soll. Fleischgerichte sollten konsequent aus regionalem Fleisch in Bio-Qualität zubereitet werden. Außerdem sollte der Gedanke der saisonalen Verpflegung auch in den Landeskantinen gestärkt werden.

Zusätzliche Maßnahmen:

- Hier sollte mentale Gesundheit explizit genannt und psychologische Unterstützung geboten werden
- Kostenlose Menstruationsartikel in allen öffentlichen Gebäuden zur Verfügung stellen

Diversität

Anmerkungen zu den aufgeführten Maßnahmen:

- Konkretisieren, was mit Diversitätsmanagement gemeint ist
- Gleichstellungsdaten nicht nur erheben, sondern anschließend Maßnahmen einführen

Zusätzliche Maßnahmen:

- Einführung von geschlechtsneutralen Toiletten
- Beschwerdemöglichkeiten einrichten und Arbeitsklima schaffen, das sensibel für Rassismus und Diskriminierung ist
- Verpflichtendes Hierarchie-Training für Führungspersonal der Verwaltung
- Genderneutrale & -inklusive Ansprache in Formularen und Briefen zum Standard machen
- Barrierefreie Behörden (physisch & psychisch)
- Formulare in leichter Sprache anbieten

Nachhaltige Finanzanlagen, Finanzierung und Fördermittelvergabe, Subventionen

Anmerkungen zu den aufgeführten Maßnahmen:

- Gas und Atomkraft sind nicht nachhaltig – Brandenburg muss sich hier gegen die nicht nachvollziehbaren Entscheidungen auf EU-Ebene stellen
- Es geht nicht nur um den Versorgungsfond, sondern um alle möglichen Finanzgeschäfte des Landes und der Kommunen.

Zusätzliche Maßnahmen:

- Subventionen und Fördermittel für nachhaltige Projekte erhöhen und leichter abrufbar machen, indem bürokratische Hürden abgebaut werden

- Nicht nur klimafreundliche Subventionen erhöhen, sondern auch klimaschädliche abbauen!

Fuhrparke und Mobilitätsmanagement

Anmerkungen zu den aufgeführten Maßnahmen:

- „nachhaltige Dienstreisen“
 - Prüfen, welche Dienstreisen nötig sind, stattdessen mehr Online-Meetings organisieren
 - Inlands-Dienstreisen und Dienstreisen ins europäische Ausland bis XXXX km verpflichtend mit der Bahn zurücklegen (auch wenn ein Flug günstiger wäre!)
- Dienstfahrräder und Job-Tickets nicht nur als Alternative anbieten, sondern aktiv deren Nutzung vorantreiben
- „nachhaltiger Fuhrpark“
 - Generell nur Kleinwägen mit hohen Effizienzstandards als Dienstwagen, keine SUVs oder Oberklasse
 - Keine Hybridfahrzeuge, da diese im Vergleich zu reinen E-Autos deutlich ineffizienter sind

Zusätzliche Maßnahmen:

- Der Fuhrpark an Automobilen sollte generell reduziert werden.
- Höhere Behördenebenen (die eventuell mehr in der Öffentlichkeit sichtbar sind) sollten gleiche Ziele und Effizienzstandards haben wie alle anderen auch
- Einführung eines Pendler-Portals (siehe NRW) zur Organisation von Fahrgemeinschaften

Diese Bereiche und Maßnahmen fehlen bisher:

- Nutzung von 100% Recycling-Papier
- Drucker standartmäßig auf doppelseitig kopieren einstellen
- Unnötiges Drucken vermeiden
- Reduzierung des Energieverbrauchs bei der Gebäudebeleuchtung und -heizung

Abschließend wollen wir noch zwei allgemeine Punkte vorschlagen. Erstens sollte zu jedem Themenschwerpunkt mindestens eine fachlich ausgebildete und/ oder betroffene Person zu Rate gezogen werden, um die exakten Bedürfnisse sowie deren Fachwissen der jeweiligen Bereiche miteinzubeziehen. Zweitens sehen wir die Notwendigkeit, dem Thema Suffizienz in allen Bereichen und Planungen der Landesregierung einen höheren Stellenwert zukommen zu lassen. Es sollte immer geprüft werden, ob Ressourcen überhaupt verbraucht und Investitionen gemacht werden müssen.

Abschluss

Wir bedanken uns im Voraus für die Möglichkeit, die LNHS mitzugestalten und für das Miteinbeziehen unserer Anmerkungen.

Wir sind auch in Zukunft gerne bereit, uns an einer Weiterentwicklung der LNHS zu beteiligen und die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele in Brandenburg aktiv zu unterstützen. Wir freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit.